



DIE LINKE.
KREISVERBAND SCHWÄBISCH HALL/HOHNLOHE

Anträge Dezernat I	
--------------------	--

Eingang bei SV/ OB:

Datum: 21.10.2021 Uhrzeit:

Stadträtin
Ellena Schumacher Koelsch, Die LINKE, fraktionslos
Betreff
Anträge an das Dezernat I der Stadt Schwäbisch Hall

Ich beantrage:

1. Es wird allen Stadträt:innen während ihrer Amtszeit der digitale Zugang zu Wortprotokollen aus nicht-öffentlichen Sitzungen auf dem derzeitigen und zukünftigen Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt.
2. Der IT-Fachbereich prüft die Sicherheit und Nutzung des Ratsinformationssystems. Es werden allen Stadträt:innen die Generierung von persönlichen Passwörtern zugänglich gemacht. Den Mitarbeiter:innen der Stadtverwaltung liegen somit keine direkten Zugänge vor. Die Passwörter müssen regelmäßig von den Mandatsträger:innen geändert werden.
3. Es werden alle Dokumente und Unterlagen, die unter höchster Verschwiegenheit gelten, allen Stadträt:innen auch digital zur Verfügung gestellt. Es werden alle Mandatsträger:innen, auch fraktionslose Stadträt:innen, grundsätzlich über die Existenz von Schreiben von Behörden, Verwaltungen etc., wie auch den außerordentlichen Fraktionsgesprächen mit dem Oberbürgermeister in Kenntnis gesetzt und vorgelegt.
4. Die Fachbereichsrunde mit dem Oberbürgermeister wird mit allen Fachbereichsleiter:innen der Stadtverwaltung abgehalten.

Begründung:

Für eine transparente und gute Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Gemeinderat sind oben genannte Anträge von großer Bedeutung für die ehrenamtliche Tätigkeit aller Mandatsträger:innen. Die Verantwortung einer fairen und gleichberechtigten Behandlung durch die Sitzungsleitung gegenüber aller Mandatsträger:innen muss zukünftig von Fraktionsstatus unabhängig bleiben. Es obliegt der Sitzungsleitung, ob eine Gleichbehandlung umgesetzt wird. Ferner noch kann eine Satzungsänderung für die Einbindung und Mitarbeit von fraktionslosen Mandatsträger:innen schriftlich festgelegt werden. Als gewählte Mandatsträger:innen haben wir eine Verantwortung gegenüber unserer Wählerschaft und müssen handlungsunfähig bleiben. Zudem gehört auch die Gleichbehandlung von Fachbereichsleiter:innen innerhalb der Strukturen der Stadtverwaltung.

Mit solidarischen Grüßen

Ellena Schumacher Koelsch
Stadträtin